

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 419.]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 1.50. Monatlich 55 Pf. Postzeitung Nr. 4089 a, 8. Nachtrag.

Die Anzeigengebühren betragen für die viergespaltene Zeile ober deren Raum 15 Pf., für Sammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pf., anderweitige Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 136.

Dienstag, den 14. Juni 1898.

5. Jahrgang.

## Die Reichstagskandidaten der sozialdemokratischen Partei

- find:
- Im 1. Oldenburgischen Wahlkreise (Eutin-Oldenburg-Virkenfeld): Buchdruckermeister **Paul Hug** Wand.
  - „ 9. Schleswig-Holstein. Wahlkreise (Blöndel-Oldenburg): Bureau-Beamter **Paul Weinheber** Hamburg.
  - „ 10. Schleswig-Holstein. Wahlkreise (Lauenburg): Bureau-Beamter **Friedrich Lesche** Altona.
  - „ 1. Mecklenburg-Schwerin'schen Wahlkreise (Hagenow-Grevesmühlen): Schuhmacher **Carl Seß** Güstrow.
  - „ Wahlkreise Mecklenburg-Strelitz: Buchhändler **Adolf Vater** Rostock.

## Die Regierung und das Reichstags-Wahlrecht.

Der vom Abgeordneten Müller-Fulda erwähnte Plan der Regierung, das Reichstags-Wahlrecht umzuändern, stammt nicht erst von heute und gestern. Er ist vielmehr ein Requiit schon aus der Bismarck'schen Zeit. Als Bismarck durch den Kulturkampf parlamentarisch in die Enge getrieben wurde, da ging er lebhaft mit dem Plane um, das Reichstags-Wahlrecht zu beseitigen. Die „Kf. Ztg.“ war es, die im März des Jahres 1886 die Deffentlichkeit durch folgende Mittheilung überraschte:

„Der Reichstanzler hat von Rechtsgelehrten Gutachten erbeten darüber, wie ohne Zustimmung des Reichstages das geltende, bekanntlich auf direkter, geheimer und gleicher Wahl beruhende Reichstags-Wahlrecht beseitigt werden könne.“

Schon damals wurde der Plan dahin festgelegt, daß Delegirte der Einzelstaaten in den Reichstag entsandt werden sollten. Zwar bezeichnete die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ die Absicht einer solchen Abänderung der Verfassung ebenso als nichtbestehend, wie es heute der „Reichs-Anzeiger“ thut. Aber wie schon an anderer Stelle nachgewiesen wurde, ist auf derartige Dementis nichts zu geben, um so weniger, als eine innere Wahrscheinlichkeit darauf schließen läßt, daß der mächtigere Theil der preussisch-deutschen Regierung, als deren lebensfähiger Kern wir die beiden Minister Miquel und Posadowsky bezeichnen können, auf eine solche Umgestaltung des Wahlrechts geradezu hindrängt.

Während der Staatssekretär v. Posadowsky mit einer gewissen Offenherzigkeit den Plan zu betreiben scheint, geht Herr v. Miquel vorsichtiger, aber weit umfassender zu Werke. Bei der Berathung des diesjährigen Etats am 14. Dezember 1897 wurde eine Aeußerung des Grafen Posadowsky fast ganz übersehen, die freilich erst im Zusammenhang mit einer späteren Rede des nämlichen Herrn nichts anderes darstellt, als eine Motivirung für eine Wahlrechtsberaubung des deutschen Volkes. Graf v. Posadowsky feuerte am 27. April d. J. die besitzende Klasse zu einem Selbstverteidigungskampfe gegen die Sozialdemokratie an und war offen genug, zu bekennen, daß unser heutiger Staat ein Staat der besitzenden Klassen sei; es handle sich bei diesem Kampfe um eine Frage des bestehenden Staatswesens. Wenn Grafen Posadowsky schon am 14. Dezember 1897 — und daran ist nicht zu zweifeln — der Auffassung war, daß nur die besitzende Klasse am Bestehen unseres Staatswesens interessiert ist, so gewinnen seine früheren Aeußerungen bei der Staatsberathung ein ganz hervorragendes aktuelles Interesse. Graf Posadowsky polemisirte damals gegen den Abgeordneten Bebel und meinte: „Wenn wir uns so den Staat, unsere Gesellschaftsordnung denken, daß die arbeitenden Klassen außerhalb des Staatslebens stehen, so daß sie gar kein Interesse an der Sicherheit des Staates hätten und an seiner Aufrechterhaltung, dann müßten wir konsequenter

Weise die Arbeiter auch von der allgemeinen Wehrpflicht ausschließen, wie sie von den direkten Steuern befreit sind; dann wäre aber auch eine nothwendige Konsequenz die Aufhebung des allgemeinen Wahlrechts.“

So bedingt auch der Staatssekretär damals gesprochen hat, so ist doch offenbar von diesem Standpunkte aus die Beseitigung des Reichstags-Wahlrechts nur noch ein logischer Schritt, welchen zu thun der Regierung geeignetenfalls nicht mehr schwer fallen dürfte. Ohne jedoch auf die Posadowsky'schen Aeußerungen allzuviel geben zu wollen, müssen wir sie doch als ein Symptom dafür anführen, daß in den maßgebendsten Kreisen die Anschauung für eine Aenderung des Wahlrechts vollkommen zubereitet ist.

Umso mehr kommen wir zu dieser Ansicht, als der mächtigste Staatsmann in der preussischen Regierung, Johannes v. Miquel, schon seit Jahren ein unablässiger Gegner des Reichsparlaments ist, und zwar aus Gründen, die für den preussischen Finanzminister von sehr triftiger Natur sein mögen. Die Feindschaft datirt schon aus den Jahren, da Herr Miquel noch nicht Minister war. Schon 1887 vor den Wahlen zum Kartell-Reichstage hielt der damalige Oberbürgermeister von Frankfurt auf dem Parteitage der Nationalliberalen für Südwest-Deutschland eine geharnischte Philippika gegen den Reichstag und drohte dem deutschen Volk mit einem Konflikt, in dessen Verlauf dasselbe viele mühsam erungene Güter und Rechte verlieren würde. Er meinte, die Gegner des Kartells sprächen von drohender Militärherrschaft, von Absolutismus, von kommenden Monopolen und neuen Belastungen der ärmeren Klassen. „Wenn solche beständen, wer anders, als die Mehrheit des Reichstages hätte sie heraufbeschworen! Absolutismus! Wer hat denn die Reichsverfassung geschaffen und das allgemeine Stimmrecht gegeben? Es waren unser Kaiser, die deutschen Fürsten, der Fürst Bismarck. Wer hat dagegen gestimmt? Es waren die deutschen Freisinnigen.“

Und als Miquel Finanzminister wurde, da betonte er von vornherein auf einem Festmahle der Frankfurter Stadtbehörden seine Feindschaft gegen das „parlamentarische Regiment, welches wir ja in Deutschland nicht besitzen“. Er wollte nie in dem reinen Parlamentarismus untergehen, der geeignet sei, „Einen sehr dumme zu machen.“

Mit diesen despektirlichen Anschauungen vom deutschen Parlamente suchte Herr von Miquel seine Finanzreformen in Preußen und im Reiche durchzuführen. Er stieß jedoch auf den Widerstand der Reichstagsmehrheit. Aber von der Nothwendigkeit der Reform durchführungen wurde Herr v. Miquel in seiner Feindschaft gegen das bestehende Reichstags-Wahlrecht noch bekräftigt und erklärte in dem vom Abgeordneten Müller-Fulda in die Reichstagswahl-Agitation geworfenen Plan schon lange ein Mittel zur Durchführung seiner Finanzpolitik.

Als im Januar 1894 die Reichs-Finanzreform abgelehnt wurde, da meinte Herr v. Miquel in seiner ruhigen, viel sagenden Art: „Sie können die Vorlage ablehnen, aber wenn sie abgelehnt wird, so wollen wir abwarten, ob sie damit für immer todt; sie wird schließlich zur Annahme gelangen müssen, weil sie eine politische und finanzielle Nothwendigkeit ist.“ Herr v. Stumm, der damals schon zu den Eingeweihten gehörte, hängte der Kasse die Schelle um und vertitel alsbald in einen drohenden Ton: „Bleibt der Reichstag hartnäckig, so werden die Einzelstaaten und die Bevölkerung der Einzelstaaten in eine dem Reichsgebanten nicht zuträgliche Mißstimmung gerathen. Jede Schwächung des Föderativ-Gebankens ist eine Schwächung des Reichsgebankens.“ Und von diesem Sprungbrett aus werden und sollen die Einzelstaaten gegen das Reichsparlament mobil gemacht werden; das deutsche Volk soll für den Plan reif gemacht werden, daß nur unter der Mitwirkung von Vertretern der Einzelstaaten die finanzielle Frage im Reich gelöst werden könnte.

Daß diese Absicht bei Herrn von Miquel besteht, dar-

über kann gar kein Zweifel bestehen, wenn man die emsige Miniarbeit des preussischen Finanzministers im Landtage gegenüber dem Reichstage verfolgt. Er überträgt diese finanzielle Einzelfrage und stellt sie in den Mittelpunkt unserer ganzen inneren Politik. Schon 1894 führte Herr von Miquel aus: Er halte es geradezu für nöthig, die finanzielle Reichsfrage im Einzellande zu besprechen, weil sie einen unmittelbaren Einfluß auf den einzelstaatlichen Etat ausübe. Auch für den Reichstag sei es von höchstem Werthe, zu wissen, wie die Landtage über die finanziellen Dinge dächten. Darum handle es sich nicht nur um eine finanzielle Frage, sondern auch „um die andere große nationale Frage, ob noch ein erträgliches Verhältniß zwischen dem Reich und den Einzelstaaten auf die Dauer bestehen könne.“ Dieser Gedanke, den Reichstag mit den Einzelstaaten zur Lösung der finanziellen Fragen zu verquicken, ist für Herrn Miquel der rothe Faden seines politischen Wirkens geworden.

Wir wollen nur noch auf einzelne charakteristische Aeußerungen des Herrn von Miquel in seiner Etatsrede im preussischen Herrenhause vom Jahre 1896 hinweisen. Er führte aus, daß das Reich in einem bestimmten verfassungsmäßigen Verhältniß zu den Einzelstaaten stehe und warf den Herren im Reichstage vor, daß sie es gar nicht berücksichtigten, welche Wirkungen ihre Finanzgebarung auf die Einzelstaaten ausübe. Er fuhr dann weiter fort:

„Ich führe das hier an, damit die Mitglieder des Herrenhauses, die auch im Reichstage sitzen, doch niemals aus den Augen lassen, daß das Reich kein Einheitsstaat, sondern ein Föderativstaat ist, und daß jede Finanzmaßregel, die im Reiche getroffen wird, unmittelbar zurückwirkt auf das Wohl und Wehe der Einzelstaaten. Wir können in Preußen dieses Verhältniß zur Noth ertragen, aber die kleineren deutschen Staaten, die keine Eisenbahnen haben, die nur über ein geringes Vermögen verfügen und mit feste Einnahmen mit den Steuern angewiesen sind, die ja vertreten wir doch auch gewissermaßen das nobilität officium (ehrenvolle Verpflichtung) haben, können allerdings in schwere Verlegenheiten kommen, und wir haben kein Interesse, gerade die kleineren Staaten in ihrer ganzen Existenzberechtigung zu gefährden. Im Gegentheil, wir gähnen und wünschen, daß diese föderative Gestaltung des Deutschen Reiches aufrecht erhalten und nicht durch plötzliche Eingriffe des Reichstages gefährdet werde.“

An diesen deutlichen Hinweisen Miquel's glauben wir gezeigt zu haben, wo hinaus er strebt. Der jetzige, durch das allgemeine, gleiche, direkte, geheime Wahlrecht gewählte Reichstag gefährdet die Existenz der kleineren deutschen Staaten, sie sind den plötzlichen Angriffen des Reichstages unbarmerzig ausgesetzt; Wohl und Wehe dieser Staaten steht auf dem Spiel, eine eminent nationale Frage gilt es zu lösen: Wie ist das Verhältniß zwischen Reich und Einzelstaaten zu gestalten, damit durch den Reichstag die Existenz der Einzelstaaten dauernd gewahrt und berücksichtigt bleibe? Hier haben wir den Schlüssel zu dem Plan, den Reichstag zum größeren Theil aus Vertretern der Einzelstaaten und zum kleineren Theil aus Abgeordneten auf Grund des jetzigen Wahlrechts zusammenzusetzen.

Herr v. Miquel ist ein bewußter, zäher und deswegen umso beachtenswertherer Gegner des bestehenden Reichstags-Wahlrechts. Länger als Hohenlohe und fester im Sattel sitzt Johannes v. Miquel. Auch er wird „vorläufig“ von einem Attentat auf das bestehende Reichstags-Wahlrecht nichts wissen wollen. Herr v. Miquel spricht nicht von Plänen, Herr v. Miquel handelt. Seine politischen Maximen kennen wir. Er sagte einmal in einer Rede: „Auch in der Politik gilt, was Goethe gesagt hat: Ergreife den Augenblick bei der Stirnlocke“. Augenblicklich ist Herr Miquel nicht weiter als Sammel- und Wahlminister. Nach den Wahlen wird er sich die Reichstags-Majorität anschauen, und vermag er mit ihr das bestehende Reichstags-Wahlrecht zu beseitigen, dann wird der schlaue Herr nicht zögern, die Gelegenheit bei der Stirnlocke zu ergreifen.

Aber — daß sind wir überzeugt — das deutsche Volk wird am 16. Juni auf dem Plage sein und einen dicken Strich durch die Pläne der Reaktion machen!

# Wählt Johann Carl Theodor Schwartz!

# Das Wahlkomitee der sozialdemokratischen Partei

hat sein

## Wahlbureau

im Vereinshaus, Johannisstraße 50,  
Zimmer Nr. 3, part. rechts, eingerichtet.

Dasselbe ist an den Wochentagen  
von 8 Uhr Morgens bis 10 Uhr Abends,  
an den Sonntagen  
von 11—1 Uhr Vormittags  
geöffnet.

## Der spanisch-amerikanische Krieg.

Nachrichten von Bedeutung liegen heute einmal wieder nicht vor. Alles was die Telegramme besagen, sind nur Vermuthungen und Gerüchte über Dinge, die da kommen sollen; haben also nur einen höchst zweifelhaften Werth. Das Wenige, was etwa Interesse beanspruchen könnte, bringen wir nachstehend:

Eine amtliche Depesche meldet, die spanischen Schiffe „Gesta Benadito“, „Nueva Espana“ und „Ligera“ liefen aus dem Hafen von Havana aus, um das kleine, den Hafen blockierende amerikanische Geschwader anzugreifen. Dieses wich einem Kampfe aus und zog sich zurück. Eine zweite Depesche besagt, elf amerikanische Handelsschiffe seien vor Santiago angekommen, wie man glaubt, mit den zur Landung bestimmten Truppen an Bord. Es seien Vorkehrungen getroffen, um einen Landungsversuch zurückzuschlagen.

Ein von den Philippinen über Hongkong eingetroffenes Telegramm besagt, daß der Entscheidungskampf um den Besitz Manilas heute zwischen den Aufständischen und den Spaniern ausgefochten wird. Admiral Dewey nimmt an dem Kampfe nicht theil, wacht aber darüber, daß die Aufständischen keine Grausamkeiten begehen. Die Aufständischen sollen Neu-Manila bereits genommen haben. Sie sollen ferner dem Generalgouverneur mitgetheilt haben, wenn er nicht die Anklündigung, die einen Preis auf den Kopf Aguinaldos setzt, zurückziehe, werde auch seine Person nicht geschont werden.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

Der neue Reichstag soll nach einem Gerücht, von dem die „Münchener Neuesten Nachr.“ Notiz nehmen, schon im September zu einer kurzen Session einberufen werden, um seine Zustimmung zum deutsch-englischen Handelsvertrage zu geben.

Die Aufstellung der Reichstagskandidaten kann jetzt im Wesentlichen als abgeschlossen betrachtet werden. Nach einer Berechnung der „Nationalztg.“ sind im Ganzen bis jetzt in den 397 Wahlkreisen Deutschlands 1417 Kandidaten aufgestellt. Hiervon entfallen auf 236 Wahlkreise Preußen 865 Kandidaten.

Wahllokavögel läßt die „Rhein-Westf. Zeitung“, eines der anmaßendsten Unternehmerorgane, aufsteigen in Gestalt von Angaben über die angebliche Vorbereitung großer gesetzgeberischer Aufgaben für den nächsten Reichstag, die im Reichsamte des Innern, dem Revier des Grafen Posadowsky, getroffen werden soll. Es heißt diesbezüglich:

„Staatssekretär Graf Posadowsky plant eine Umgestaltung und Zusammenlegung der Arbeiterversicherungs-gesetze. Weiter wird an dem bereits ausgearbeiteten Entwurf über die Privatversicherungsanstalten auf Grund der eingeholten Gutachten der Sachverständigen die bessere Hand gelegt. Auch ein Entwurf betreffend die Ausdehnung der Arbeiter-schutzgesetze auf gewisse Großbetriebe des Handwerks ist in der Ausarbeitung begriffen. Ferner soll dem nächsten Reichstag abermals eine Novelle zur Gewerbeordnung zugehen, worin verschiedene längst erörterte Fragen einer Lösung zugeführt werden sollen. In erster Linie wird es sich dabei um die Einführung des Beschäftigungsnachweises für die Handwerker handeln, eine Forderung, die wiederholt von der Mehrheit des Reichstages und von verschiedenen Einzelabgeordneten, darunter mit besonderem Nachdruck von der bayerischen Kammer der Abgeordneten erhoben worden ist, und von deren Geltendmachung beim Bundesrath die bayerische Regierung in der letzten Tagung nur deshalb Abstand genommen hat, weil die Erfüllung die Forderung für die nächste Tagung in bestimmte Aussicht gestellt worden war. Außerdem dürfte in dieser Novelle eine Regelung der Arbeitsverhältnisse im Gastwirthsgewerbe versucht werden, deren Reformbedürftigkeit anerkannt ist und mit denen sich auch die am 27. d. M. wieder zusammentretende Reichskommission für Arbeiterstatistik näher befassen soll. Auch die allerdings bisher noch nicht genügend geklärte Frage des Aushr-Vadenschlusses soll eventuell in dieser Vorlage gelöst werden.“

Die Wähler, die durch den Posadowsky'schen Wahlbrief noch nicht zur Sammelpolitik bekehrt sind, werden nun nichts Besseres zu thun haben, als in's Regierungslager überzulaufen. Wer könnte auch so viel Liebe widerstehen! Die Wähler werden schnell vergessen, daß man der Sozialreform halt gelassen, daß statt des Arbeiterschutzes der Arbeitertrutz als das Nothwendigere erklärt ist, denn, was vor der Wahl versprochen wird, darauf kann man schwören, bis — die Wahl vorüber ist.

Das Wahlrecht. Der bayerische Gesandte, Bevollmächtigte zum Bundesrath, Graf Lerchenfeld-

Abföring, ermächtigt das Wolff'sche Telegraphenbureau, zu erklären, daß er weder im Jahre 1893, noch vorher oder nachher mit einem Entwurf wegen Abänderung des Wahlrechts beschäftigt gewesen sei. — Das wird aber die Konservativen nicht hindern, mit allen Mitteln auf die Beseitigung des allgemeinen Wahlrechts hinzuwirken!

Der Bundesrath hat am Freitag der Vorlage über die Handelsbeziehungen zu Großbritannien und dem Entwurf von Bestimmungen wegen Herstellung einer Streit-Statistik zugestimmt.

Neue Militärforderungen in Städt! Im „Verl. Tagebl.“ wird für den nächsten Winter neben einer durchgreifenden Organisation der Feldartillerie, wobei die Artillerieregimenter den Divisionen unterstellt und je zwei Abtheilungen zu drei Batterien formirt werden, der Plan angekündigt, die reitende Artillerie auf den kriegsmäßigen Stand für die Kavalleriedivisionen herabzumindern in Abtheilungen zu zwei Batterien mit wahr-scheinlich je vier Geschützen. Endlich sollen Feldhaubitzen für den hohen Bogenschuß zur Einführung gelangen. Aus bereits bestehenden Formationen sollen weiterhin mehrere neue Armeekorps errichtet werden. Und zwar dürfte Sachsen ein zweites Armeekorps mit dem Sitz in Leipzig, Bayern ein drittes Armeekorps mit dem Sitz wahrscheinlich in Nürnberg und Preußen ein achtzehntes (heftisches) Armeekorps mit dem Sitz wahrscheinlich in Mainz formiren. Die zwei-jährige Dienstzeit bei den Fußtruppen soll bestehen bleiben, wahrscheinlich wird aber eine Vermehrung der Kapitulanten gefordert werden. Daneben besteht der Plan der Verneuerung der Kavallerie und der Radfahrertruppen. Für jedes Armeekorps dürfte eine Eskadron Jäger zu Pferde (Melbereiter) gefordert werden. Endlich werde eine Reform der Pionier-truppen dadurch geplant, daß ein Theil der Regimenter, welche jetzt zwei Bataillone haben, künftig auf drei Bataillone gebracht werden. Die Aussichten für den Geldbeutel des Steuerzahlers werden immer schlimmer.

Die Landwirthschaftsgesellschaft ist durch die Enthüllungen über die Thomasmehllieferungen vollständig geschlagen, ihr Publikationsorgan, das sonst den Mund nicht voll genug nehmen kann, ist z. Bt. recht kleinlaut. Die Herren der Bundesleitung sollen sich in ihren Wahlkreisen befinden, wo telegraphische Anfragen sie angeblich noch nicht erreicht haben. Eine solche Blamage ist freilich auch nicht leicht zu vermeiden! Erst sich über „ehr-abschneiderische Verleumdungen einer feilen Presse“ zu beklagen und dann öffentlich und attemmäßig überführt zu werden, daß diese „Verleumdungen“ Wort für Wort That-sachen sind, das ist böse, sehr böse. Vielleicht folgen noch weitere Enthüllungen. Man wirt jetzt z. B. die Frage auf, an welche Bundesmitglieder das Thomasmehl wohl zu dem billigeren Preise (ohne den Zuschuß von 15 Mt. an die Bundeskasse) geliefert worden sei. Die Erklärung der Bündler hat zwar gelehnet, daß der Leitung nahe-stehende Personen begünstigt worden seien, aber nachdem sich die Hauptsache der Erklärung als unwahr herausgestellt hat, kann man auf diese Versicherung natürlich auch nichts geben. Die gesammte nicht agrarische Presse ist einzig in der schärfsten Beurtheilung und Brandmarkung der bündlerischen Manipulationen; selbst nationalliberale Blätter kennzeichnen dieselbe direkt als strafbaren Betrug. So schreibt neuerdings die „Nationalliberale Korrespondenz“:

„Bermag die Bundesleitung diese attemmäßigen Nachweise im „Hannoverschen Courier“ nicht zu entkräften, dann kommen folgende strafrechtliche Bestimmungen in Betracht. § 263 des Reichsstrafgesetzbuches lautet:

„Wer in der Absicht, sich oder einem Dritten einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen, das Vermögen eines Anderen dadurch beschädigt, daß er durch Vorspiegelung falscher oder durch Enttölung oder Unterdrückung wahrer That-sachen einen Irrthum erregt oder unterhält, wird wegen Betrugs mit Gefängniß bestraft, neben welchem auf Geldstrafe bis zu 3000 Mt., sowie auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden kann.“

Auch der Versuch ist strafbar. In Anbetracht dessen, daß eine geschäftliche Konkurrenz zu anderen landwirth-schaftlichen Vermittelungsanstalten vorliegt, läme wieder § 4 des Gesetzes zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs in Anwendung:

„Wer in der Absicht, den Anschein eines besonders günstigen Angebots hervorzuheben, in öffentlichen Bekanntmachungen oder in Mittheilungen, welche für einen größeren Kreis von Personen bestimmt sind, über die Beschaffenheit oder die Preisbemessung von Waaren oder gewerblichen Leistungen, über die Art des Bezuges oder die Bezugsquelle von Waaren . . . wissenschaftlich un-wahre und zur Irreführung geeignete Angaben thatsächlicher Art macht, wird mit Geldstrafe bis zu 1500 Mt. bestraft.“

Zur Kennzeichnung der Agrarier wird neuerdings noch ein Schreiben veröffentlicht, welches die „Bezugsvereini-gung der deutschen Landwirthe“ aus Offenbach a. M. an alle Lehrer der landwirthschaftlichen Hochschule versandt hat, und welches an die das Ansinnen stellt, die Agrarier in ihrem Kampfe gegen die Thomasposphatfabriken zu unterstützen. Die Dozenten werden ersucht, „etwaige unberechtigte Forderungen der Thomasposphatfabriken und übermäßige Anpreisungen des Thomasmehles im Gegensatz zu anderen Düngemitteln zurück-zuweisen.“ Die Absender dieses Schreibens fügen die — naive Versicherung hinzu, daß es ihnen selbstverständ-lich vollkommen fernliege, damit die Wissenschaft als solche irgendwie beeinflussen zu wollen!

Banerngroßchen. Was es mit den Tantiemen des Bundes auf sich hat, geht aus einer Nachricht der „Voss. Zig.“ hervor, auch der Direktor des Bundes Dr. Köfcke erhalte trotz seiner neulichen

Versicherung in Kaiserslautern, daß er kein bezahlter Beamter des Bundes sei, neben 20 Mt. Tagegeldern bei Reisen 6000 Mt. jährliche „Entschädigung“ und freie Wohnung im Bundeshause, Dessauerstraße 7, die er noch jüngst mit seiner Familie innegehabt habe.

Zur Frage der Vieheinfuhr aus Dänemark nach Deutschland wird der „V. Zig.“ aus Ropenhagen berichtet:

Seitens des dänischen Landwirtschaftsministeriums legt man Werth darauf, zu betonen, daß die theilhaftigsten und amtlichen Kreise in Dänemark der gegenwärtig von den deutschen Se-räbten zu Danken der Niederzulassung des dänischen Viehbetriebeu Agitation vollständig fernstehen. Das dänische Ministerium ist vielmehr bemüht, für das aus Dänemark zu Ausfuhr gelangende Vieh andere Märkte zu gewinnen, und ist besonders mit Londoner Firmen Verhandlungen angeknüpft, w-nach sich die landwirthschaftlichen Verwaltungen Dänemarks verpflichten sollen, ihr gesamntes zur Ausfuhr bestimmtes Vieh den englischen Markt zur Verfügung zu stellen. Die dänische Seite ist man auch geneigt, eine derartige Bedingung anzunehmen, obgleich es offenbar ist, daß man auf den englischen Märkten geringere Preise erzielen wird als in Deutschland. Einen Erlaß würde hierbei jedoch der Umstand bieten, daß der englische Markt für die dänische Vieheinfuhr unter Reis gleich-Kaufbedingungen steht, während in Deutschland seitens der Regierung keine neue Erleichterungsmäßigkeiten gegen die dänische Vieh- und Vieheinfuhr zu beschließen sein werden.

Das Aufhören der dänischen Viehausfuhr nach Deutschland, welche bisher jährlich noch etwa 40 Millionen Mt. Verkaufswert darstellte, dürfte dann wahrscheinlich auch auf die deutsche Industrieinfuhr nach Dänemark, welche einen durchschnittlichen Werth von 100 Millionen darstellt, vermindern einwirken. Für Lübeck eröffnen sich da besonders trübe Aussichten. Was nützt die mit großen Mitteln erbaute Viehquarantänestation, wenn die Dänen ihr Vieh nach England exportiren?

Ueber die Brauntweinbrennerei und Besteuerung in Deutschen Reich liegen nun die abschließenden Zahlen für das Jahr 1896/97 vor. Danach sind im deutschen Brauntweinsteuergebiet, also dem deutschen Zollgebiet ohne Luxemburg, 3 100 505 Hektoliter reiner Alkohol erzeugt worden, ungefähr 230 000 Hektoliter mehr als im Vorjahr. Davon kamen etwa 2,4 Millionen Hektoliter auf die Kartoffelbrennereien und 550 000 Hektoliter auf Getreidebrennereien, die übrigen Hektoliter auf Melasse- und sogenanntem Materialbrennereien, welche Weintrebe und Weinlese zu Brauntwein verarbeiten. Nur die Erzeugung in Kartoffelbrennereien ist zurückgegangen, da in Folge des nassen Sommer der Stärkemehlsgehalt der Kartoffeln gelitten hatte. Was den Brauntweinverbrauch anlangt, so wurde derselbe auf 4,3 Litter auf den Kopf der Bevölkerung berechnet gegen 4,4 Litter im Vorjahre. Der kleine Rückgang dieses Verbrauches wird den erhöhten Spirituspreisen zugeschrieben, durch welche die Veranlassung gegeben worden ist, den gewöhnlichen Trinkbranntwein noch mehr, als bisher üblich, zu verdünnen. An steuerfreiem Brauntwein wurde in den freien Verkehr gesetzt 867 458 Hektoliter reiner Alkohol gegen 808 277 Hektoliter. Namentlich hat die steuerfreie Verwendung von Spiritus zu Brennweckfortschritte gemacht, da die Spirituslöcher im häuslichen Wirtschaftsbetrieb immer weitere Verbreitung finden auch die Spiritusmotoren mehr und mehr in Aufnahme kommen. Einer wesentlichen Steigerung des Spiritusverbrauches zu Beleuchtungszwecken stand obgleich brauchbare Spirituslampen hergestellt worden sind und denaturirter Spiritus von mindestens 80 pCt. Alkoholgehalt jetzt überall verkauft wird, der Umstand entgegen, daß dieser Spiritus im Kleinverkauf noch bedeutend theurer ist als Petroleum.

Die Reichskommission für Arbeiterstatistik wird am Montag, den 27. d. Mts. ihre Beratungen aufnehmen. Den Vorsitz wird der Unterstaatssekretär im preussischen Ministerium der öffentlichen Arbeiten und Mitglied des Bundesraths Fleck führen. Der Kommission gehören folgende Mitglieder des Bundesraths Fleck führen. Der Kommission gehören folgende Mitglieder des Bundesraths an: Dr. v. Woedtke, Direktor im Reichsamte des Inneren; Geh. Ober-Regierungsrath Dr. v. Scheel, Direktor des Kaiserlichen Statistischen Amtes, der bayerische Ministerialdirektor Ritter von Herrmann, der sächsische Geheimrath Dr. Fischer, der württembergische Ministerialdirektor v. Schicker, der badische Ober-Regierungsrath und Vorstand der Fabrikinspektion des Großherzogthums Baden; Dr. Wörishoffer und der heftische Regierungsrath Dr. Kayler, sämtlich Mitglieder des Bundesraths. Die Reichstagsmitglieder folgende Abgeordnete der Kommission an: Professor Dr. Hise (Zentrum), Amtsgerichtsrath Detocha (Zentrum), Geheimer Kommerzienrath Siegel (natlib.), Schneidermeister Jacobskötter (kons.), Geheimer Bergrath Werbach (Reichspartei), Fabrikbesitzer Schmid-Eberfeld (freiz.) und Cigarrenarbeiter Moller (sozialdemokr.). „Bei der Sammlungspolitik der Regierung gegen die Sozialdemokratie macht sich die Mitgliedschaft Mollenbuhr ganz besonders hübsch,“ erfreckt sich das Bündlerblatt, die „Deutsch. Tagesztg.“ dazu zu bemerken.

### Asien.

Die Theilung Chinas hat einen weiteren Fortschritt gemacht. England hat, nachdem es bereits Weihai-gepachtet hat, um im Norden ein Gegengewicht gegen die russischen Erwerbungen zu haben, auch im Süden ein beträchtliches Gebiet gepachtet, nicht weit von dem Punkte an dem die Franzosen sich festgesetzt haben. Durch ein in Peking unterzeichnetes Abkommen erhält Großbritannien auf 99 Jahre auf dem chinesischen Festland ein gegenüber Hongkong Gebiete in einer Gesamtanzahl von 200 Quadratkilometern in Pacht. In diese Gebiete sind auch Landstrecken hinter der Halbinsel Kaulung und die Insel Langtao inbegriffen. China behält die Küstengebiete nördlich der Mirsbay und der Deepha-

die Wasserfläche beider Buchten wird aber an England verpachtet. Auch Japan verlangt besondere Niederlassungen in China. Es hat nach der „Times“ China mitteilt, daß es als ausschließlich für die Japaner bestimmte Niederlassungsorte in Futschau Wusung, Schaschi, Funing, Jotschau und Tschingwan Landstriche verlangt und außerdem eine Entschädigung von 15 000 Pfd. Sterl. beanspricht für den bei den Aufständen in Schaschi dem japanischen Eigentum zugefügten Schaden.

## Parteigenossen!

Agitiere in den wenigen Tagen bis zur Wahl ein Jeder nach Kräften für den Kandidaten der Sozialdemokratie. Jeder Parteigenosse bringe uns bis dahin einen neuen Anhänger, das sei eure Parole! Nur durch unausgesetzte, rastlose Arbeit jedes Einzelnen können wir das Ziel erreichen, welches heißt:

## Sieg im ersten Wahlgange!

### Lübeck und Nachbargemeinden.

18. Jani.

Achtung, Tischler! Wegen Verlängerung der Arbeitszeit haben die bei Zimmermeister Torkuhl beschäftigten Kollegen die Arbeit eingestellt. Bezug ist streng fernzuhalten.

Die Lohnkommission der Holzarbeiter.

Achtung, Bäcker! Ueber die Brodfabrik von Ewers, Kommandit-Gesellschaft, Kabeburger Allee 106, ist wegen Entlassung von drei Kollegen die Sperre verhängt. Bezug ist fernzuhalten.

Der Vorstand

der Zahlstelle Lübeck des „Deutschen Bäcker-Verbandes.“

F. A.

M. Hermann.

Eine öffentliche Wählerversammlung findet morgen, Dienstag, in der Friedrich-Franz-Halle statt. Referent ist Genosse Th. Schwarz.

Der gefrige Sonntag wurde von den Lübecker Parteigenossen zu eifriger Agitation benutzt. Im Lübecker Wahlkreis wurden ein kurz gehaltenes, alle Parteien noch einmal einer gedrängt gehaltenes, scharfen Kritik unterziehendes Flugblatt, Stimmgeld und Orientierungszettel für jeden einzelnen Wähler nebst persönlicher Aufforderung, am Wahltage dem sozialdemokratischen Kandidaten die Stimme zu geben, verteilt. Ein in bestimmter Form auftretendes Gerücht über einen von national-liberaler Seite geplanten niederwichtigen Trieb veranlaßte für das Stadtgebiet die Verbreitung eines zweiten, sofort hergestellten, kräftig abweisenden Flugblattes. Die Beteiligung der Genossen war eine rege, die Verbreitung eine rasche und gründliche, die Aufnahme eine gute. Gleichzeitig wurden die zum Agitationsbezirk Lübeck gehörigen Kreise: Fürstentum Radeburg, Klüver Winkel (1. Schwerinscher Wahlkreis) und Kreis Stormarn des 9. Schlesw.-holst. Wahlkreises, letzterer unter Mitwirkung von Stockelsdorfer Genossen, mit Flugblättern und Stimmgeldern belegt. Auch hier war das Resultat ein äußerst günstiges, für die Wahl das Beste versprechendes, wenngleich es an Rencontres mit konservativen Heißspornen nicht fehlte. Zum ersten Male wurden auch polnische Flugblätter und Broschüren ausgeteilt.

Ein freisinniges Flugblatt, mit dem wir uns noch näher beschäftigen werden, wurde gestern an einigen Stellen verteilt. Dasselbe enthält im Wesentlichen Ausschnitte aus der „Freis. Ztg.“ Zur „Ehre“ des Verfassers sei jedoch gesagt, daß er es versteht, die ärgsten Insanien Richters anzumerzen. So heißt es z. B., die sozialdemokratische Partei habe besondere Personen bestellt, welche Material gegen andere Parteien sammeln u. s. w. Herr Richter hatte — unter dem Glasdach sitzend — geschrieben: „einen austrangierten Rechtsanwalt“.

Stehlen und Rauben. Die „Lüb. Anz.“ ärgert es bedeutend, daß wir etwas eher die Subskription des „treuen Deutschen“ erhielten, als sie es wohl gewünscht haben mögen. Sie wollen daraus beweisen, daß unserem Kandidaten die nötige Ehrenhaftigkeit mangelt. Das fragliche Blatt ist dem Genossen Schwarz am Freitag Abend vor dem Birus übergeben worden. Weshalb sollte er denn dem ehrlosen Schmierfinken nicht sofort das Handwerk legen. Peinlich mag's letzterem ja sein — aber deshalb Räuber und Dieb??

Die Kandidatur Damaschke macht den National-liberalen anscheinend viel Kopfzerbrechen. Wir haben dazu keine Ursache, weil wir voraussetzen, daß bei aller Wichtigkeit der Impffrage an sich, politisch ernstdenkende Männer ihre Abstimmung denn doch von höheren Gesichtspunkten aus treffen und nicht einseitig vorgehen werden. Es stehen wahrlich noch ganz andere Dinge zur Entscheidung als die Impffrage!

Einfiegel. Eine Wähler-Versammlung, welche ziemlich gut besucht war, tagte hier am Sonnabend Abend. Genosse Kasch kritisierte unter dem Beifall der Anwesenden die bürgerlichen Parteien und geißelte das Verhalten national-liberaler Unternehmer, die die zum Schutze des von Herrn Gehhard gepriesenen Koalitionsrechtes Aufpuffer in die Wählerversammlungen entsenden. Diskussion fand nicht statt.

Ertrunken ist am Sonnabend Abend in der Nähe des Einfiegl beim Angeln der unverheiratete Malergeselle Volh. Man vermutet, daß der Bedauernswerte, von einem epileptischen Anfall betroffen, in die Traue gestürzt und ertrunken ist, ehe überhaupt Jemand den Unfall bemerkt hat.

Arbeiterrisiko. Auf der Lübecker Maschinenbau-Aktion-Gesellschaft floß am Donnerstag dem in der Kesselschmiede beschäftigten Mieter ein Niethammer oberhalb der Nase in das Gesicht. Die Wunde mußte genäht werden. — Am selben Tage floß ebenfalls in der Maschinenfabrik dem Schmied Wrede beim Abschroten ein faustgroßes Stück warmes Eisen in die Seite. Der Verletzte mußte sich in ärztliche Behandlung begeben.

Die Liedertafel der Tabakarbeiter feierte am gestrigen Sonntag ihr diesjähriges Sommerfest im Concordiagarten. Die Veranstaltung an demselben war, da die Leistungen der Liedertafel überall als vorzüglich bekannt sind, eine ganz bedeutende. Nachmittags wurde mit Spiel und Gesang die Zeit in der angenehmsten Weise verbracht und am Abend trat die Götin Terpsichore in ihre Rechte ein. Jeder Teilnehmer wird mit dem Verlauf des Festes zufrieden gewesen sein.

Zum Wahlvorsteher für den 16. Bezirk wurde an Stelle des verhinderten Peterßen der Privatmann Th. Hermann, Cronsforder Allee 24 ernannt.

### Parteigenossen, gedenkt des Wahlfonds!

Schlutup. Eine riesig besuchte Wähler-versammlung fand am Sonnabend bei Herrn Blücher statt, ein Zeichen, daß die Bevölkerung unsern Bestrebungen ein großes Interesse entgegenbringt. Wohl noch nie sind so viele Menschen hier versammelt gewesen, als dieses Mal den mit stürmischem Beifall aufgenommenen Ausführungen des Genossen Th. Bartels lauschten. In der Diskussion nahm der Rechtsanwalt Dr. Wittern-Lübeck drei Mal für Herrn Gehhard, Herr Wadew-Schlutup zweimal das Wort. Ihre Einwürfe wurden von dem Referenten unter lebhafter Zustimmung der Anwesenden gebührend zurückgewiesen. Hoffen wir, daß auch am Wahltage die Schlutupper Wähler ihr Bestes thun, dem Genossen Schwarz zum Siege zu verhelfen.

Rücktritt. Eine gut besuchte Versammlung tagte am Sonntag Nachmittag bei Herrn Steffe. Genosse Stengel-Hamburg, welcher besonders das freisinnige Flugblatt einer vernichtenden Kritik unterzog und auch Herr Gehhard und Herrn Lauenstein scharf bekämpfte, fand mit seinen überzeugenden Ausführungen den ungetheilten Beifall der Anwesenden. Als um 6 Uhr Herr Bape seine Rede vom Stapel ließ, blieben 6 Lübecker Herrn und 3 Laubente aus Rücktritt im Saal.

Travemünde. Genosse Stengels-Hamburg sprach hier am Sonntag Abend in der besuchten Versammlung. Seine begeisterten Ausführungen, die insbesondere eine gründliche Klärung der national-liberalen Wahlmandat bildeten, fanden lebhaften Beifall. Herr Bape hatte nachmittags vor etwa 15 Personen gesprochen.

Maisling. Eine stark besuchte Wähler-versammlung tagte am Sonnabend bei Herrn Bötker. Unter lebhaftem Beifall legte unser Reichstagskandidat Th. Schwarz sein Programm klar, indem er gleichzeitig der gegnerischen, verlogenen Kampfesweise einer wohlverdienten Kritik angedeihen ließ. Es waren fast ausschließlich Maislinger und Geminer Wähler zugegen. Bei der „stark besuchten“ Gehhard-Versammlung sah es anders aus: Es waren zugegen 84 Personen, davon 60 aus Lübeck mit dem Motorboot eingetroffene Parteigänger des Herrn Gehhard und 24 Maislinger, darunter 10 erklärte Sozialdemokraten. Noch um 50 pzt. schlechter sah es bei Herrn Bape aus, der nach der „E.-Ztg.“ eine „gutbesuchte“ Versammlung abhielt.

Russe. Zum ersten Male in den 20 Jahren seiner Kandidatur konnte sich am Sonntag Abend Genosse Schwarz den hiesigen Wählern vorstellen. Trotz gewaltiger Gegenarbeit hatte der Landwirt Herr Oldenburg sich herbeigelassen, eine Koppel zur Verfügung zu stellen. So tagte denn die erste Versammlung unter freiem Himmel, die der hiesige Wahlkreis erlebte. Der Erfolg war ein über Erwarten guter. Herr Gehhard hatte vor etwa 15 Personen seine Rede vom Stapel lassen müssen, als Genosse Schwarz seine Rede begann, füllten weit über 100 Personen aus Boggensee, Nihrau und Russe das freie Feld. Die kernigen Ausführungen unseres Kandidaten, der sich in würdiger Weise auch gegen die schamlosen Unterstellungen der Gegner verwehrte, machten sichtlich einen tiefen Eindruck. Obwohl fast alle Honoratioren des Ortes vertreten waren, verfiel sich Keiner zu einer Erwiderung. Genosse Kasch nahm sodann die Gelegenheit wahr, um unter gespannter Aufmerksamkeit der Anwesenden eine kleine Auseinandersetzung über den „Zukunftskampf“ in Gestalt einer Kritik des Gegenwartsstandes zu geben. Wir haben die Gewißheit, daß die gefrige erste Versammlung, welche zeigte, daß auch hier ein guter Boden für uns vorhanden ist, von dauernder Wirkung gewesen ist. Trotz aller gegnerischen Machinationen geht es rüchig vorwärts. — Aus Cronmense, wo Genosse Bartels referierte, liegt uns ein Bericht z. Bt. noch nicht vor. Unsere Referenten, daß auch die Redner der Partei in diesen Tagen ihr Möglichstes gethan haben.

Gr. Schretstaken. Unser Reichstagskandidat Th. Schwarz sprach hier am Sonntag Nachmittag vor reichlich 40 Personen. Seine Ausführungen wurden beifällig aufgenommen. Genosse Kasch ergänzte dieselben durch eine Kritik der Partei Bauensstein und wies an den Verhältnissen auf dem Lande nach, wie sehr das Programm der Partei den Tatsachen zuwiderläuft.

Entin. Nochmals der Semler. Freitag, den 10. d. M., hielt Herr Dr. Semler aus Hamburg, der nat.-lib. Kandidat für den 1. Oldenb. Wahlkreis hier nochmals seine Kandidatenrede vor ca. 250 Personen, von denen die Hälfte Arbeiter waren. Die ganze „Rede“ war ohne Kopf und Fuß, ohne jede Disposition in's Blaue hinein und inhaltlich so hohl und leer, daß man die Programmrede des Freisinn-Kandidaten, des Herrn Oberamtsrichters Bergmann, gegen dieses inhaltlose Geschwätz noch Gold nennen kann. Ueber Herrn Bergmann's Partei gab der Redner haupt-

sächlich die Schale seines Bornees aus. Er warf ihr vor, in unserm Wahlkreise ein Bündnis mit dem Zentrum gegen ihn eingegangen zu sein und schimpfte wie ein Wahnsinniger auf die Jesuiten. Sein ganzes Auftreten erinnerte mehr an einen politischen Dandiarer als an einen „ernstlichen Mann des praktischen Lebens.“ Er verhielt sich der Sozialdemokratie gegenüber sehr zöhm und maßig. Offenbar noch er dem Braten und wachte, daß er „zur Strecke gebracht“ werden könne, wenn er die zahlreich angewandten Arbeiter-Propaganden würde. Verschiedene seiner Redewendungen ließen darauf schließen. In der von dem Vortrag sich anschließenden Diskussion benannte zunächst Gen. Jacobs aus Hamburg die am 16. d. M. festgesetzte Redezeit und schätzte der Verammlung in äußerst ruhiger und sachlicher Weise die zweifelhafte Stellung der National-liberalen zur Koalitionsfrage und zur Wahlrechtsfrage vor Augen, wobei er besonders die bekannte Neuerung Dr. Semler's im Hamburger Reichstagswahlvertrage ausführte, die sich gegen das bestehende Wahlrecht richtete. Sodann geißelte der Redner noch das so pomphaft zur Schau getragene „Nationalgefühl“ unserer Patrioten und die Kurstrennlichkeit des Militarismus, dessen sorgsammer Pflege durch die Negierung und die bekennenden Klassen er die Vernachlässigung wirklicher Kulturaufgaben gegenüberstellte. Herr Dr. Semler erwiderte äußerst mäßig und schmal und hütete sich ängstlich, seine bekannte Resolution gegen das Wahlrecht zu erwähnen. Einige läppische und läppige Ausfälle gegen unsere Partei rief lebhafteste Mißbilligung seitens der Arbeiter hervor. Nach Semler sprach ein Herr Grimm von Cronmense, der in komischem Grimm über die Sozialdemokratie herzog und, von häßlichen Zwischenrufen unterbrochen, die „Herrschaffen“ gegen den Vorwurf der schlechten Entlohnung und Behandlung des „Gesindes“ zu verteidigen suchte. Schließlich empfahl der sonderbar grimme Grimm das Bräutlein der „Herrschaffen“ und Herrn Dr. Semler. Herr Jacobs, der nochmals das Wort nahm, ging auf die Kandidatur seines Vorredners nicht ein, sondern antwortete auf die Semler'schen Anspielungen und erörterte die Frage der Volksschulbildung in einer Weise, die selbst von den Gegnern als ungemein richtig und sachlich anerkannt wurde. Herr Dr. Semler, nicht bereit, alles zu bestreiten und alles zu beweisen, bestritt natürlich das Darinberliegenden andere Volksschulwesen und dabei entschloßte ihm das Gedächtnis, daß in Arbeiterkreisen selbst der Mangel der wirtschaftlichen und politischen Fragen äußerst gut unterrichtet sei, während im Bürgerthum eine große Unwissenheit und Interesslosigkeit am politischen Leben vorherrsche. Einen Haupt-Theatersoup glaubte der Allerniedrigste Semler dadurch anzuspitzen, daß er behauptete, die Arbeitslosigkeit sei nur eine Folge der Arbeitsfurcht und bei dem Zukunfts-sorgen dieser Weisheit plötzlich abbrach und folgte wie ein Spanier in weitem Bogen um den Vorstandstisch herum. Der Spelakel zog aber nicht aus wie man der Vorsitzende, Herr Rechtsanwalt Köhler die Versammlung mit dem obligaten Hoch schließen wollte, verließ die Arbeiter, gab die Hälfte der Anwesenden, den Saal. Herr Dr. Semler rief ihnen nach: „Sehen Sie, daß die Sozialdemokraten vaterlandslos sind? Man das Kaiserhoch kommt, verlassen sie das Lokal“, welche Worte bei den Arbeitern natürlich nur Heiterkeit erregte, wie denn auch das ganze Gedächtnis des Herrn Rechtsanwalts sie schon den ganzen Abend über zur Heiterkeit gestimmt hatte. Nachdem die Arbeiter verschwinden, meinte Herr Dr. Semler, daß er nun ja mit seinen Geisteskrütern alleine sei und er hat dieselben „abrinistig“, doch für ihn einzutreten, da sonst der Freisinnige oder gar der Sozialdemokrat gewählt werde. Ja, ja, die Angst vor dem rothen Gewissen steht den Herren in den Knochen, darnach sollte auch der Semler hier nochmals „sammeln“, erwiderte aber keine Seele mehr erwacht haben.

Entin. „Ein aus Braunschweig importierter Agitator“ ist nach dem Bericht des Amtsblattes über die Semler-Versammlung unser alter Genosse L. Jacobs. Wir bemerken, daß er seit langen Jahren Beamter der Zentralkrankenkasse der Tischler in Hamburg und z. Bt. deren Hauptassistent ist. Er hat keine Ursache, einen Vergleich mit einem juristischen Streber zu scheuen.

Blön. Arbeiter-Risiko. Der Arbeiter Rahl in Kossau bei Blön, welcher in einer Sandgrube Rathjensdorf beschäftigt war, wurde, wie der „Anz.“ meldet, durch herabstürzende Erdmassen verschüttet und mußte erstickt, ehe seine Mitarbeiter ihm Hilfe bringen konnten. Er hinterläßt eine Frau und zwei unterförmige Kinder.

Altova. Vom geistigen Kampf. In einem Dorfe im 18. Wahlkreise hatten unsere Genossen eine Versammlung abgehalten. Als sie nach Versammlung die Gaststube verließen, riefen ihnen zwei „Herren“ höhnisch „Glückliche Reise“ zu. Was das zu bedeuten hatte, sollten unsere Genossen gleich erfahren. Denn kaum hatten sie den Wagen bestiegen und wollten sich setzen, da bemerkte ein Genosse noch rechtzeitig, daß die Lederkissen und Rückenlehnen mit Nadeln gespickt waren. Die Genossen fuhrten sofort ab und zogen ungefähr 30 Nähnadeln 4 1/2 cm lang aus den Sitzen und Lehnen. Sämtliche Nadeln waren mit der Spitze nach oben gerichtet, so daß es nicht ohne kleine Schrammen an den Händen abging. Daher der höhnische Zuruf: „Glückliche Reise!“

Riel. Ein recht bedauerlicher Unglücksfall hat sich, wie dem „Hbz. Fröbl.“ telegraphirt wird, am Freitag-Nachmittag auf dem Exercierplatz ereignet. In einem unbewachten Augenblick rollte ein Kinderwagen von der Allee in den Kinnstein und schlug um, wobei das Kind auf die Straße geschleudert wurde. Ein in demselben Momente herankommender Lastwagen zerquetschte dem Kinde die Halswirbel. Auf dem Transport nach dem städtischen Krankenhaus starb das Kind.

Berlentzien. Wähler-Versammlung. Zum ersten Male, seitdem es eine Sozialdemokratie giebt, fand hier eine Volksversammlung statt. Durch eine Uebung der Feuerwehr hatte der Besuch der Versammlung, die unter freiem Himmel auf dem Gewebe des Herrn Wulf stattfand, etwas zu leiden. Die Erschienenen waren aber um so eifrigere Zuhörer. Als Referent war Genosse Friedrich aus Lübeck erschienen, dessen Vortrag über die bevorstehende Reichstagswahl sehr beifällig aufgenommen wurde. Allgemein herrschte die Ansicht, daß wir durch die Versammlung für die Partei viel erreicht haben, was sich bei der Wahl und auch später zeigen wird.

### Sterschanz-Biehmarkt.

Hamburg, 10. Jani.

Der Schweinehandel verlief flau. Angeführt wurden: 6120 Stüd. Preise: Verbandschweine, schwere 51-55 Mk., leichte 53-58 Mk., Sauen 42-47 Mk. und Ferkel 58-57 Mk. pr. 100 Pfd.

# Grosse öffentl. Wähler-Versammlung

Mittwoch den 15. Juni 1898

Abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr  
im Circus Reiterkrug.

Tages-Ordnung:

Die bevorstehende Reichstagswahl.

Referent:

Reichstags-Abgeordneter **August Bebel.**

Unbeschränkte Redefreiheit für Jedermann.

Der Einberufer.

Karten à 10 Pfg. sind zu haben im Wahlbureau, Johannisstraße 50, Zimmer Nr. 3.

Am Sonntag den 11. Juni, Morgens 8 Uhr, starb im Kinderhospital zu Lübeck nach kurzer schwerer Krankheit unser einziges Kind, unsere unvergessliche Tochter

**Elisabeth**  
im Alter von 3 Jahren und 10 Monaten. Auf's Tiefste betrauert und schmerzlich vermisst von  
**J. Spötter und Frau**, geb. Meier.

Zu vermieten eine Wohnung  
zu 120 Mk. an ruhige Leute ohne Kinder zum  
1. Juli Gr. Neßau 22, 1. Et.

Gesucht sofort ein kräft. Laufbursche  
Näheres in der Exped. d. Bl.

Gesucht sofort ein Laufmädchen  
außer der Schulzeit Postenstraße 24.

Gesucht ein kräftiger Laufjunge  
außer der Schulzeit. Monat 4 Mark.  
Gronsförder Allee 51.

Zu verkaufen ein Haus in der Stadt  
von 5 Wohnungen und 1 Laden, das sich gut  
verzinst. Ang. unter P 32 an die Exp. d. Bl.

Wegen Erbschaftsregulierung.  
Haus mit 2 Wohn., Hofplatz u. an d. Mauer.  
Ford. 5000 Mk., Anzahl. gering.

Haus mit 2 Wohn. v. 4 Z. u. Zus. u. 50 Rut.  
Lnd. v. Postenth., 8000 Mk., Ang. 1000 Mk.

**Johs. Fischborn**, Fleischhauerstr. 14.  
Entflogen ein grauer Papagei mit rother Brust.  
Wiederbringer erhält eine Belohnung  
Marlesgrube 39.

Auf Abzahlung  
gegen Anzahlung nach Uebereinkunft verkaufen wir  
**Mobilien**

**Spiegel**  
**Polsterwaaren.**  
Ganze Wohnungs-Einrichtungen  
ebenfalls auf Theilzahlung  
zu billigsten Preisen.  
Bei comptanter Zahlung 4% Rabatt.  
**H. Prüssmann & Sohn**  
Zuh.: Martin Prüssmann.  
Lübeck, Marlesgrube 23.  
NB. Gebrauchte Mobilien werden eventuell  
in Gegenrechnung gebracht.

**Flohm-Hering**  
Stück 5 und 10 Pfg.  
empfiehlt  
**B. Harms.**

**Borderschinken**  
(ganz geräucher)  
Pfund 53 Pfg.  
empfiehlt  
**B. Harms.**

**Margarine**  
von **A. L. Mohr**, Bahrenfeld.  
Marke FF Pfund 60 Pfg.  
Marke AB Pfund 50 Pfg.  
empfiehlt  
**B. Harms.**

**Speise-Halle Hansa**  
Mengenstraße 24. (Mittagstisch v. 11 $\frac{1}{2}$ —2 U.)  
Dienstag: Specksuppe mit Klößen, geräuch. Speck,  
Kartoffeln, Sauce, Backobst.

## Öffentl. Wähler-Versammlungen

finden an folgenden Stellen statt:

**Neu-Lauerhof**

am Montag den 13. Juni, Abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr.  
Ref.: Th. Schwartz.

**Niendorf i. Lüb.**

bei Hrn. Dettmann am Montag den 13. Juni,  
Abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr. Ref.: D. Friedrich.

**Israelsdorf**

im Lokale des Hrn. Wunß am Montag den 13.  
Juni, Abends 8 Uhr. Ref.: Th. Bartels.

**Friedrich-Franz-Kalle** (Mühlenthor)

am Dienstag den 14.  
Juni, Abds. 8 $\frac{1}{2}$  Uhr. Ref.: Th. Schwartz.

**Crummesserbaum**

bei Schlüter am Dienstag den 14. Juni,  
Abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr. Ref.: Aug. Kasch.

Zu diesen Versammlungen werden alle dort wohnenden  
Wähler freundlichst eingeladen.

Unbeschränkte Redefreiheit für Jedermann.  
Das socialdemokratische Wahlcomité.

## Central-Verband der Maurer.

Laut Beschluß der vorletzten Versammlung ruht  
am Wahltage die Arbeit gänzlich. Dieses den Kollegen  
zur Erinnerung. Die örtl. Verwaltung.

J. A.: Der Bevollmächtigte.

## Visit-Karten

auf ff. Elfenbeinkarton  
Die Druckerei des Lüb. Volksboten.

## Margarine

von **A. L. Mohr**, Bahrenfeld.  
Marke FF Pfund 60 Pfg.  
Marke AB Pfund 50 Pfg.  
empfiehlt  
**B. Harms.**

## Volkslexikon

Nachschlagebuch  
für sämtliche Wissenszweige  
mit besonderer Berücksichtigung der Arbeiter-  
Gesehgebung, Gesundheitspflege, Handels-  
wissenschaften, Sozialpolitik,  
nebst Generalregister.  
Unter Mitwirkung von Fachschriftstellern heraus-  
gegeben von  
**Emanuel Warm.**  
Erscheint in Lieferungen à 20 Pfennig.

## Klauenöl

präparirt für Nähmaschinen und  
Fahrräder von  
**H. Möblus & Sohn,**  
Knochenölsfabrik, Hannover.  
Zu haben in allen besseren Handlungen.

## Kirschsaft

ohne Spirit  
Flasche 40 Pfg., 10 Flaschen 3,50 Mk. excl. Glas  
**Simbeerfaft**  
mit Zucker  
Flasche 80 Pfg. excl. Glas  
empfiehlt

**B. Harms**  
Untertrave 69, Fischgrube-Gäß.

**Speise-Halle Hansa**  
Mengenstraße 24. (Mittagstisch v. 11 $\frac{1}{2}$ —2 U.)  
Dienstag: Specksuppe mit Klößen, geräuch. Speck,  
Kartoffeln, Sauce, Backobst.

## Chronik auf das Jahr 1818.

14. Juni.

Seit den Verhandlungen der preussischen Nationalversammlung über die Anerkennung der März-Revolution war es in Berlin nicht mehr ruhig geworden. Schon am 13. hatte der Kommandant der Bürgerwehr in einem Tagesbefehl die Stadorte vorgeschrieben, die die einzelnen Bataillone für den Fall einer Mobilmachung einzunehmen hätten. Am Morgen des 14. erfüllten große Menschenmassen die Straßen, und bald ereigneten sich denn auch allerlei Zwischenfälle. Aus dem Vorlande des königlichen Schlosses wurden mehrere soeben erst angebrachte eiserne Gitter ausgehoben, nach der Universität gebracht und den Studenten zur Aufbewahrung übergeben. Am Brandenburger Thor stieß die Bürgerwehr mit einer Schaar von 30 bis 40 Arbeitern zusammen, die mit einer roten Fahne, auf der geschrieben stand: „Republik der brotlosen Arbeiter“ in die Stadt marschieren wollten. Die Bürgerwehr trieb sie auseinander, mehrere wurden dabei verwundet und gefangen genommen. Auch anderwärts wurde, ohne daß dies besondere Folgen hatte, die Republik ausgerufen. Einige in Eile hergerichtete Barrikaden wurden zerstört. Wegen Abends bildete den Mittelpunkt der Bewegung das Zeughaus, in dem neben den wertvollen Waffensammlungen und den in den preussischen Kriegen erbeuteten Fahnen und Geschützen mehrere Tausend Infanteriegewehre neuester Konstruktion sich befanden. Im Innern stand eine Kompanie Linienmilitär, während die Straßenfronten des Gebäudes von einigen Abtheilungen Bürgerwehr besetzt gehalten wurden. Die Aufregung der großen angekauften Menschenmengen war bereits sehr bedeutend, und man rief laut nach Verhaftung. Da geschah das ewig wiederkehrende, unvermeidliche „Mißverständnis“. Von irgendwoher fielen zwei angeblich blinde Schüsse, die Bürgerwehr antwortete sofort mit einer Salve, die mehrere aus der Menge niederstreckte. Der Massen bemächtigte sich nun die größte Wuth. Kriegsgeschrei erfüllte die Straßen, neue Scharen strömten hinzu, und alsbald ging man zum Angriff auf das Zeughaus über. Die Bürgerwehr-Abtheilungen genügte nicht zur Abwehr der Angreifenden. Bald waren Thüren und Fenster eingeschlagen, und die Menschenfluth strömte in das Innere des Gebäudes. Der im Innern befindliche Hauptmann v. Kasper zog sich mit seiner Kompanie in das obere Stockwerk zurück. Einige Volksführer wie Korn, Eichler, Löwison, auch ein in der Menge befindlicher preussischer Lieutenant Tschow verhandelten mit dem Hauptmann. Die aufregendsten Gerüchte wurden verbreitet: die Republik sei bereits in der Stadt proklamirt, der König geflohen, die Truppen hätten die Stadt verlassen, der Hauptmann mit seiner Kompanie seien die letzten und dergleichen. Alles dies stellte man dem Hauptmann vor und drängte ihn zum freiwilligen Abzug. Dieser ließ sich denn auch hierzu bewegen, indem er erklärte, er habe auf verschiedene Gesuche um Verhaltungsbeehle von dem Kommandanten keine Antwort bekommen und müsse unter diesen Umständen glauben, daß die Truppen die Stadt verlassen hätten. Nachdem er mit Waffen abgezogen war, durchsuchte die Menge das Gebäude, Gewehre und Munition wurden vertheilt. Von einem Theil der Erschienenen wurden jedoch auch werthvolle alte Waffen entwendet, Fahnen und Trophäen heruntergerissen und auch sonst in vandalischer Weise vieles zerstört und bedeutender Schaden angerichtet. Diese Szenen dauerten jedoch nicht lange. Bald erlangten vor dem Gebäude Trümmerwähe, es rüdten neue Abtheilungen Bürgerwehr und bald auch Linienmilitär heran. Die jetzt noch im Gebäude befindlichen retteten sich durch Fenster und Thüren, wobei den einzelnen beim Austritt das Gewehr abgenommen wurde.

Das war das Ende des Berliner Zeughaussturmes. Die theilhaftigen Offiziere wurden vor ein Kriegsgericht gestellt. v. Kasper erhielt zehn Jahre, Tschow fünfzehn Jahre Festung. Der Kommandant der Bürgerwehr, Bleson, wurde entlassen. Eine ganze Reihe der bekannten Volksführer wurden vor Gericht gestellt und wegen der Vorfälle des Tages zu mehrjährigen Festungsstrafen verurtheilt.

## Der Jude.

Deutsches Sittengemälde  
aus der ersten Hälfte des fünfzehnten Jahrhunderts.  
Von E. Spindler.

(59. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Der Sohn, nicht ahnend, daß er im Waterhaufe fremd geworden, stürzte mit dem Jubel ungeheurer Liebe an des überraschten Vaters Brust. Ach, die herzlich gemeinte Freude des Wiedersehens konnte nur auf dürftige Augenblicke den unseligen Wahn von Diethers Bette scheuchen. Ohne Säumen kehrte er wieder zurück. Dem unbesangenen Jüngling sogar konnte die Veränderung nicht entgehen, die sich mit seinem Vater zugetragen, allein er schrieb auf Rechnung des Siechthums, was auf Rechnung eines verblendeten Gemüthes kam. Aufrichtig und stürmisch, wie er war, konnte er seine Gedanken nicht lange bei sich behalten.

„Sagt mir doch, ob es nur eine Einbildung ist oder Wahrheit, daß ich Kälte und eine gewisse Fremdheit in Eurem Empfang wahrnehme; und wenn es wahr sein sollte, ob das noch von Eurer Krankheit stammt, ob nicht. Sprecht aufrichtig vom Herzen weg, damit es alsdann wieder zwischen uns werde, wie vormals.“

Diether blickte prüfend in des Jünglings redliches Gesicht, aber die Aufrichtigkeit war bei ihm hinter die Wege gezogen.

„Wie kommt es,“ fragte er beinahe hart, „daß mir jezo erst Dich zu sehen erlaubt ist, während Du bereits seit einigen Tagen hier verweilst?“

„Ich, Vater?“ fragte Dagobert betreten und hätte gerne verneint, unbefangen verneint.

Diether ging aber ohne Frage auf den Grund und drängte mit neuer strengerer Frage, so daß am Ende der Jüngling den besten Theil erwählte.

„So mögt Ihr's denn wissen,“ sprach er, „ich verstehe mich schlecht auf's Klagen, besonders wenn Ihr mir in's Auge seht, denn vor dem Manne, den ich am meisten

## Ein neuer konservativer Angriff auf das allgemeine, gleiche Wahlrecht.

der wieder einmal die heuchlerischen Versicherungen der Konservativen, sie seien „unentwegte“ Anhänger dieses Wahlrechts, Lügen straft, wird von den „Grenzboten“ unternommen. Der betreffende Umsturz-Artikel ist überschrieben „Stimmenwerth, nicht Stimmenzahl“. Er giebt der Anschauung Ausdruck, daß zu einem vollkommenen Wahlrecht die Berücksichtigung von „Gebung, Bildung, Herkunft (!), Familienstand (!), Beruf, Besitz (!), Einkommen (!), politischer Einsicht“ gehört.

Der Unsinn ist, wenn man von der politischen Einsicht absieht, handgreiflich. Es kann Jemand sehr begabt und sehr gebildet sein und doch von Politik keine Ahnung haben. Es giebt zahlreiche hochgebildete Gelehrte, die keine Zeit und keine Lust gefunden haben, sich um keine Politik zu bekümmern und die in die größte Verlegenheit kämen, sollten sie auch nur die Grundzüge der deutschen Reichsverfassung entwickeln oder die Frage nach der Höhe des Getreidepreises beantworten. Diese Leute können aber auf Grund des allgemeinen Wahlrechts, das auch ihnen zu Gute kommt, keinen Schaden anrichten, weil sie sich als politisch indifferent an den Wahlen nicht zu betheiligen pflegen und deshalb gern auf sich nehmen, was die politisch klügeren Elemente mit dem allgemeinen Wahlrecht zu Stande bringen.

Wenn der Verfasser die „Herkunft“ in Betracht gezogen sehen will, so weiß man, was die Konservativen darunter verstehen. Darnach soll der Sohn eines „von“, oder eines Barons, oder eines Grafen, also ein Sproßling aus „bester Familie“, und wäre er der größte und unbestrittenste Trottel im fünfmeiligen Umkreise seines väterlichen Schlosses, ein um das Vielfache größeres Wahlrecht haben, als der Universitätsprofessor, der der Sohn eines armen Handwerkers ist. Auch der Familienstand, nämlich ob Jemand verheiratet ist oder nicht, ist kein Maßstab für den Grad der Wahlberechtigung. Wir haben schon von den verheiratetsten Leuten das dümmste politische Geschwätz gehört, sogar von konservativen Abgeordneten. Ebenso wenig ist der Beruf geeignet, als solcher eine höhere politische Einsicht zu erzeugen oder zu verhindern. Es mag ja den Konservativen passen, daß der Spiritusbrenner oder Zuckerrübenbauer, der nationale Schweinezüchter und agrarische Liebesgabenempfänger, der sich Rittersquats besißer nennt, obwohl sein Gut nicht ihm, sondern seinen Gläubigern gehört und obwohl seine ganze Ritterlichkeit im Wechselreiten besteht, daß dieser landwirthschaftliche „Berufsgenosse“ ein größeres Wahlrecht hat, als der Angehörige irgend eines anderen Berufs. Aber von Vernunft kann bei dieser Bemessung schlechterdings keine Rede sein. Was den Besitz und das Einkommen als Maßstab für das Wahlrecht anbetrifft, so kennt man die famosen Wirkungen des plutokratischen Dreiklassenwahlsystems; denn das bei

der letzten sächsischen Dreiklassenwahl zu Tage getretene Beispiel, wonach vermög seines Einkommens ein Professor in der dritten, ein Rentier in der zweiten und ein Vorbewirth in der ersten Klasse wahlberechtigt war, ist noch nicht vergessen.

Doch genug des grausamen Spiels und dem blühenden „Grenzboten“-Unsinn!  
Was will aber der Verfasser an die Stelle des allgemeinen gleichen Wahlrechts setzen?

Er will das Alter zum Maßstabe der Wahlberechtigung machen! Je älter der Wähler, desto größer das Wahlrecht! Der Dreißigjährige ist der Minimalwähler. Dann steigt die vom Alter geachtete politische Einsicht von fünf zu fünf Jahren. Famoser Unsinn, nicht? Wie alt ist doch der Urheber des Urtrages Kaniz? 15 oder 60?

Der ungeheuer geschickte Herr, der das Wahlrecht nach der Zahl der Lenze bemißt, die Jemand hinter sich hat, ist auf folgenden lenzen Wahlvorschlag verfallen:

„Vertheilen wir uns nun die Anwendung dieses Verfahrens an einem idealen Wahlgange, worin fünftausend Stimmen derart abgegeben werden, daß jede zehn Altersklassen fünftausend Wähler zur Urne oder vielmehr zu den Urnen geschickt hätte. Wir brauchen nämlich fünf Stimmzettelschächter, immer je einen für zwei gleichwerthige Altersklassen. Also einen für die jüngste und die älteste, einen für die zweitjüngste und die zweitälteste u. s. f. Die Wähler treten nach einander vor den Leiter der Wahl, dieser bestimmt nach dem in der Wahllegitimation angelegten Geburtsdatum die Altersklasse und legt den Stimmzettel in die entsprechende Urne. Nach Vollendung der Stimmabgabe enthält jede der fünf Urnen zehntausend Stimmzettel, die in der folgenden Weise angerechnet werden:

die der Urne I mit 10000 Werthstimmen,	II	11000
„ „ „ „ „	III	12000
„ „ „ „ „	VI	13000
„ „ „ „ „	V	15000

Die Gesamtzahl der abgegebenen Werthstimmen beträgt 61000, die Mehrheit also 30501. Diese Mehrheit ist beispielsweise schon erreicht, wenn ein Wahlkandidat die 20000 Stimmzettel der Urnen V und IV und außerdem 2100 aus der Urne III auf sich vereinigt. Er hätte dann mit 22100 Stimmzettel die Mehrheit erreicht. Wenn die Wahl eine Stichwahl ist, so wäre der Sieger mit 27900 Stimmzettel, die aber nur 29900 Werthstimmen ergeben, in der Minorität geblieben. Der Kandidat der vollreifen Männer zwischen vierzig und sechzig Jahren hätte also über den Kandidaten der jungen Leute gefiegt, obwohl seine Anhänger um 800 Köpfe weniger zählen als die Gegenpartei.

Ob das Verfahren schon zum Patent angemeldet ist, wissen wir nicht. Dem Verfasser scheint leider entgangen zu sein, daß auch dieses Verfahren noch immer den siebzehnjährigen Eckensteher Rante mit einem größeren Wahlrecht ausstattet, als eine wissenschaftliche Kapazität in den Dreißigern oder gar einen gräflichen Wähler von 30 Jahren. Wo bleibt der konservative Staatsgedanke?

Man würde von solchen kindischen Vorschlägen, die sich durch sich selbst hinführen, kein Aufhebens machen, wenn derartige Scherze nicht immer wieder von Neuem bewiesen, daß das jetzt bestehende Wahlrecht fortgesetzt Gegenstand reaktionärer Angriffe ist! Einmal lernt man daraus mit tödlicher Sicherheit: Kommt am 16. Juni ein Reichstag mit einer konservativen Mehrheit zu Stande, so ist es um das allgemeine, gleiche Wahl-

ehre und liebe, habe ich kein Falsch. Es sei also darum. Wahr ist's; seit vorgestern Mittag bin ich hier und habe mich sorgfältig von Euerem Hause fern gehalten, — weil Ihr mögt mir darob nicht zürnen — weil Schwester Wallrade darin ein- und ausging. Heute sah ich sie jedoch mit Roß und bepacktem Wagen von dannen ziehen und säumte länger nicht, hier einzusprechen. „Gott segne Euch die Ostertage. Die Fladen mit Euch zu verzehren bin ich hier, und will sie mir auch schmecken lassen — so der Himmel will und Ihr mich gerne an Euerem Tische seht.“

„Du bringst nicht die Eintracht zu dem Feste,“ antwortete Diether mürrisch, „der Bruder flieht den Ort, wo seine Schwester haust?“

„Ihr wißt ja, Vater, daß wir's von jeher so hielten,“ entgegnete Dagobert mit leichtem Scherz. „Was Hänschen jung gewohnt, das thut es auch im Alter. Doch, weil ich eben keinen Namen nenne, was macht mein Brüderlein? Ihr sollt sehen, ob wir nicht besser zusammenhalten, als ich mit Wallraden.“

„Wirklich?“ spöttelte Diether. „Man sollte es kaum glauben. Ein Stiefbruder ist gewöhnlich nicht der Geliebtere.“

„Hm!“ lachte Dagobert. „Es hat mit dem Kleinen eine besondere Bewandtniß.“

Dem Vater stieg eine dunkle Flamme der Beschämung bis unter die Haare.

„Der arme Junge war stets krank,“ fuhr Dagobert fröhlich fort: „nun ist er aber gesund, wie ich höre. Seht, schon dieses freut mich ungemein. Doppelt lieb muß ich aber den Burschen haben, weil . . .“

„Weil . . .?“ unterbrach ihn Diether gespannt und heftig.

„Weil ich komme, um mit dem armen Schelm sein Erbe zu theilen. Seht mich nur verwundert an. So wie Ihr mich vor Euch erklücht, habe ich mich mit der Kirche abgefunden, oder sie vielmehr mit mir. Sie kann mich nicht brauchen und hat der Mutter Gelübde so ge-

löst, als ob es bereits auf's Beste und Schönste erfüllt worden wäre.“

„Wie?“ fragte Diether: „das ist nicht möglich. Wie solltest Du —?“

„Wenn Ihr Latein verstündet“, fiel hinwiederum Dagobert ein: „so würde Euch dies Pergament genug sagen, um zu glauben, was ich sage. Ich habe aber der Ursachen mehr, zu staunen ob Euerem seltamen Betragen, Vater. Brachte ich Euch die frohe Mär ein Jährlein früher, so lagt Ihr voll Entzücken an meinem Halse. Heute geberdet Ihr Euch just, als wäre es Euch zuwider, was ich bringe, und doch habt Ihr selbst mehr denn hundertmal mein Geschick beklagt, da es noch unabwendbar schien.“

„Wie soll ich mich freuen“, brach Diether los, „wenn ich aus allem entnehmen muß, daß Dein wüster Lebenswandel hier allein den Ausschlag gegeben. Nicht würdig hat man Dich befunden, das Weggewand zu tragen, und zu binden und zu lösen. Ich weiß, was Costniz und des Conciliums Vater von Dir denken, wie unwählige Male Du Deinen Dheim gekränkt, mißhandelt, daß er am Ende seine Waterhand von Dir abgezogen.“

„Ho!“ versetzte Dagobert, sich mit dem Zeigefinger auf die Stirne zeigend: „Jetzt weiß ich mit einmahl, woher es blüht. Wallrade hat mein Bettlein aufgerüttelt, und mir's fein bequem gemacht in meinem Waterhaufe. Recht so; wo sich der Teufel anlehnte, macht sich auch der weißeste Aermel voll Ruß. Was lieb Schwesterlein indessen gesagt haben mag, glaubt mir, lieber Vater, es ist erlogen. Was den würdigen Dhm betrifft, so muß ich lachen, und behalte mir vor, Euch kund zu thun, wie ich meine Hand von ihm abgezogen habe. Des Papstes Breve aber, aus dem man vielleicht ein Zeugnis meiner lächerlichen Sitten machen könnte, soll Euch Vater Johannes verdecken. Bis dahin habt mich jedoch lieb, und laßt mich das Brüderlein küssen.“

„Deinem Wunsche kann alsobald Genüge geschehen“, erwiderte Diether: „hier kommt soeben die Mutter mit dem Sohne.“

recht geschehen! Darum werden auch solche Wahlrechts-Verklammerungs-Mächten, wie hier eines vorliegt, dem deutschen Volke das Gewissen schärfen und jeden Einzelnen aufrufen zu der Pflicht: **Schlicht das Allgemeine, direkte, gleiche und geheime Wahlrecht! Nieder mit der Reaktion!**

## Soziales und Partei-Lehren.

Die Ergebnisse der Viehzählung vom 1. Dezember 1897 werden jetzt im zweiten Vierteljahreshft zur Statistik des Deutschen Reichs veröffentlicht. Danach wurden am 1. Dezember 1897 im Deutschen Reich gezählt: 750 981 unter vier Jahr und 3 287 504 über vier Jahr alte Pferde, 2 073 246 unter 1/2 Jahr alte und 16 417 526 über 1/2 Jahr alte Stück Vieh, 3 097 095 unter ein Jahr alte und 7 779 677 über ein Jahr alte Schafe und 11 639 286 unter ein Jahr alte und 2 625 271 über ein Jahr alte Schweine. Eine Vergleichung der Ergebnisse mit früheren Zählungen ergibt, daß sich die Stückzahl der Pferde, des Rindviehs und der Schweine stetig vermehrt, diejenige der Schafe aber stark vermindert hat. Die Stückzahl betrug nämlich

	Pferde	Rindvieh	Schweine	Schafe
am das Jahr 1861	3 193 711	14 999 184	6 462 572	22 018 768
am 10. Januar 1873	3 352 231	15 776 702	7 124 088	24 909 406
" 10. Januar 1883	3 522 545	15 786 784	9 208 105	19 189 715
" 1. Dezbr. 1892	3 836 256	17 555 694	12 174 288	13 589 612
" 1. Dezbr. 1898	4 088 485	18 490 772	14 274 557	10 866 772

Die Stückzahl der 1897er Zählung hat sich demnach gegen die von 1892 vermehrt bei den Pferden um 5,27, beim Rindvieh um 5,33, bei den Schweinen um 17,25 Prozent, dagegen vermindert bei den Schafen um 20,04 Prozent.

## Aus Nah und Fern.

**Die gebildete Jugend.** Von Studenten ist im Restaurant zum Stadttheater in Halle a. S. am Donnerstag früh in der fünften Stunde eine unerhörte Rohheit ausgeübt worden. Der Polizeibericht meldet darüber: „Die Uebermüthigen zerschlugen zunächst im Theaterrestaurant das nach der Küche führende Fenster und stiegen durch die Oeffnung ein. In der Küche trieben sie allerhand Unfug, u. A. richteten die rüden Patrone ihre Zerstörungsgelüste gegen zwei lebende Hühner, die dort untergebracht waren. Sie quälten und mißhandelten die Thierchen und schlugen das eine schließlich todt, nachdem sie dem anderen durch Stockhiebe ein Bein zertrümmert hatten. Zum Glück sind die muthwilligen Burschen, die eine so arge Verrohung des Gemüthes bekunden konnten, nicht unerkannt davon gekommen.“ Nicht unerkannt davon gekommen? Wie war es überhaupt möglich, daß sie zwar erkannt, nicht aber sofort festgenommen worden sind? Wer hat sie erkannt und warum hat man die rohen Rüpel laufen lassen? Daß die konservative „Halle. Ztg.“ die Schandthat der Thierquälerei als „Studentenult“ bezeichnet, wird den Arbeitern von besonderem Interesse sein zu hören. Dem Blatte, welches nicht Worte der Entrüstung genug hat, wenn ein Arbeiter eine kleine Ausschreitung sich hat zu Schulden kommen lassen, ist die viehische Rohheit einiger Jünglinge von Besitz und Bildung, die wie Vandalen hanjten und einem kleinen Hühnerchen das Bein zerschlugen, ein „Studentenult“.

**Eisenbahnunglück in Schneidemühl.** Der Berliner Kurierzug überfuhr unweit Stöwen das Fuhrwerk des

Fleischermeisters Wellnig aus Uchshausland. Wellnig wurde auf der Stelle getödtet und der Wagen zertrümmert.

**Humane Behandlung.** Wenn es wahr ist, was die „Münchener Post“ aus einem dortigen Krankenhaus erzählt, dann wäre energisches Eingreifen der vorgesetzten Behörden und — des Staatsanwalts sehr entschieden nötig. Am 30. April, Nachmittags 4 Uhr verletzte sich ein Dienstmädchen beim Fensterputzen schwer am Handgelenk, indem es durch die Scheibe brach. Ein Wader legte dem Mädchen einen Nothverband und ließ die Verletzte ins Krankenhaus bringen, da Sehnen durchschnitten seien. Um 5 Uhr traf das Mädchen im Krankenhaus ein. Erst am 2. Mai wurde der Nothverband abgenommen und die Wunde zugenäht. Als das Mädchen hierbei sagte, der Wader habe erklärt, die Sehnen seien durchschnitten, soll der Arzt gesagt haben: „Wenn Sie und der Wader die Sache besser verstehen und gescheitler sind, dann hätten Sie doch gleich draußen bleiben können.“ Am 9. Mai wurde das Mädchen als geheilt und arbeitsfähig entlassen. Das Mädchen konnte aber nicht arbeiten, kam wieder in die Klinik und schließlich fand man dort, daß die Sehnen thatsächlich abgeschnitten und zurückgegangen seien und mittelst einer Operation zusammengesogen werden mußten. Am 12. Mai sollte die Operation stattfinden, und dem Mädchen wurde bedeutet, es solle an dem Tage (jedenfalls wegen der vorzunehmenden Narkose) nichts essen. Das Mädchen kam, wartete den ganzen Tag, wurde aber nicht operirt und erst Nachmittags 5 Uhr sagte man ihm, es sei für heute zu spät, sie solle morgen wieder kommen. Es kam am nächsten und übernächsten Tage vergeblich, dann wurde endlich die Operation vorgenommen, wobei der Vorderarm 20 cm weit aufgeschnitten werden mußte. Das Mädchen ist noch immer arbeitsunfähig. Es wäre ungeheuerlich, wenn sich die Darstellung der „Münchener Post“ bewahrheiten sollte. So geht man doch mit Menschen nicht um. Sollte sich die Darstellung bewahrheiten, so müßte ein sehr entschiedenes und abschreckendes Exempel statuirt werden. Kriminalrechtlich und zivilrechtlich. Die „Münch. Post“ theilt noch weiter mit, daß die Ortskrankenkasse jegliche Unterstützung an das Dienstmädchen bis jetzt verweigerte, da die Patientin aus dem Krankenhaus als arbeitsfähig entlassen worden sei und bei lebigen Patienten nur die Verpflegungskosten der Krankenanstalt als Unterstützung zur Auszahlung gelangten.

**Wien.** Der Erfinder Szczepanit. Vor kurzer Zeit wurde die Nachricht bekannt, daß Jan Szczepanit, der Erfinder des Teleskops, aller Wahrscheinlichkeit nach drei Jahre im Geere wird dienen müssen. Als Schullehrer oblag ihm diese Pflicht nicht, er hat es deshalb auch versäumt, sich zum einjährigen Freiwilligendienst zu melden, und da er nun nicht länger Lehrer ist, erwächst für ihn die Pflicht, seine regelmäßige Militärdienstzeit abzudienen. Man konnte sich in maßgebenden Kreisen aber doch wohl nicht dem Erfinder als Rekruten denken, und so wurde nach einem gesetzlichen Auswege gesucht, der denn auch gefunden worden ist. Um seinen Posten als Lehrer behaupten zu können und dadurch von der Militärdienstpflicht befreit zu sein, muß Szczepanit alle zwei Monate einmal in die Schule, bei welcher er angestellt ist, Unterricht ertheilen, und zwar einen ganzen Vormittag lang. Mittwoch zum ersten Male hat er, wie die „N. fr. Pr.“ berichtet, dieser Pflicht genügt. In einem prächtigen Wagen, den er ganz mit Obst und Naschereien angefüllt hatte, kam er in aller

Morgenfrühe aus Krakau in Krowodrza angefahren, den Ratheder in der Bauernschule zu besteigen. Lokalbehörden, das Lehrpersonal und alle Schulkinder und Mädchen zogen ihm entgegen und begrüßten ihn jubelnd. Er nahm es aber gar nicht leicht mit seinen Pflichten, sondern betrat die Klasse mit großem Eifer. Allerdings lehrte er die Knaben und Mädchen nicht ABC, sondern weichte sie in die am leichtesten faßlichen Geheimnisse seiner eigenen Wissenschaft ein. Er hatte tragbares Telefon mitgebracht, das er den Kindern klärte und mit dem sie unter großem Jubel Versuche stellen durften. Nach zweistündigem angestrengtem Unterrichte — in der Pause wurde das mitgebrachte Voch vertheilt — bekam Szczepanit sein Attest, daß er seine Pflicht als Schullehrer nachgelassen sei, und nun sei er wieder einen zweimonatlichen Urlaub antreten. Abschied der Schulkinder und des ganzen Dorfes rührend. Man rief ihm unaufhörlich „Auf Wiedersehen“, und er versprach auch feierlich, in zwei Monaten wiederzukommen.

**Ehescheidungen in einer halben Stunde.** In einem kleinen Stadt im Staate Indiana (Nordamerika) kam man während einer Eisenbahnfahrt geschieden werd. Einige luxuriös eingerichtete Schnellzüge der Pennsylvania Railways passiren dieses Städtchen, und da sich in Hochzeitsreise in den eleganten Zügen befinden, hat diese stets eine halbe Stunde vorher, und mit lauter Stimme verkündet der Zugführer, daß der Expres der nächsten Station 30 Minuten Aufenthalt haben würde, damit die mit dem Zuge reisenden Ehepaare, welche gute Gelegenheit, binnen wenigen Minuten rechtsültliche Scheidung zu erlangen, nicht vorübergehen lassen wollen. Die Angelegenheit dort sofort erledigen können. Das Gerichtsgebäude befindet sich unmittelbar neben dem Bahnhofe, der Gerichtshof hält stets zur Zeit der Ankunft des Zuges eine Sitzung ab, und so ist es möglich, oh die geringsten Umstände sofort geschieden zu werden, was ausgesetzt, daß beide Theile im Einverständnis mit einander sind. Zum Ueberflus hat gleich daneben ein Geilicher seine Wohnung, und da kommt es denn nicht selten vor, daß die eben Geschiedenen sich gleich wieder ändern, in derselben Lage befindlichen Personen traufen lassen und dann noch rechtzeitig ihre Plätze im „Chicago Limited“ einnehmen, der die resoluten Pärchen nach den Westen entführt.

**Agram.** In Folge eines Wolkenbruches ist am 11. Juni der Medveska-Bach ausgetreten. Einige Städte theile sind überschwemmt, an mehreren Häusern ist großer Schaden angerichtet. Menschenverlust ist nicht zu beklagen.

## Reichstagswähler!

Benützt die Zeit des Wahlkampfes zur Agitation für Eure Presse, für den

## Lübecker Volksboten.

Jeder neue Abonnent ist ein neuer Mitkämpfer.

Frau Margarethe erschien wirklich sammt dem kleinen Hans, und kugte merklich bei Dagoberts Anblick, obgleich dessen Ankunft ihr bekannt. Dieses Befremden fand in dessen seinen Grund in Dagoberts schöner Kleidung und Haltung.

Die Stiefmutter hatte darauf gerechnet, den angehenden Mönch zu finden, mit hohlem Fastengesichte und härenem Gewande und statt dessen stand ein kräftiger junger Mann vor ihr, im Schmucke des wohlhabenden Sohnes eines altbürgerlichen Geschlechts, blühender noch, als er von dannen gezogen.

Wer mag dem Getriebe des Herzens folgerechten Zwang anlegen? Auf dieses Befremden drängte sich augenblicklich die mächtige Erinnerung vor Margarethens Seele, das Andenken an ihren Eintritt in dieses Haus, an jene Zeit der Sehnsucht, in welcher die Jugend nur mit Widerwillen dem Alter gehörte, und eines jugendlichen Freundes begehrte. Dieser Freund, verboten ihr durch Sitte und Kirchengesetz, dennoch erkoren von ihr mit leidenschaftlichem Verlangen, dieser Freund, der feindlich sie verschmähte und in ihr jenes wunderliche Gefühl erzeugte, das uns öfter antreibt mit blutendem Herzen diejenigen zu hassen, die wir demungeachtet dauernd und ewig lieben, ohne sie unser nennen zu dürfen, — dieser Freund stand nun wieder vor Margarethens Augen; er malte ihr in seinem Bilde eine schmerzlich seltsame Vergangenheit, — zugleich auf ihre Wangen jene zauberische Röthe der Scham, wie des Entzückens heilige Farbe.

Dagobert hatte sich vorgenommen, der Stiefmutter freundlich entgegenzukommen, um sie mitleidig der ersten so begreiflichen Verlegenheit zu entreißen; aber ihr unerwarteter Empfang, die Ueberraschung, die sich in ihrem ganzen Aeußeren gestaltete wie die Verwirrung einer geschämigen Braut, übte gleichwirkende Kraft auf den Jüngling.

Auch er fühlte seine Wangen glühen; auch er verneigte sich krumm, stotterte alsdann einige Worte, die unzusammenhängend seinem Munde entschlipfen und beugte sich schnell, um der Begrüßten das Schauspiel seiner

Blödigkeit zu entziehen, zu dem Knaben, der fremd und verwundert zu ihm aufschante.

„Ach,“ rief er aus, „wie schön, wie stark, wie blühend ist der Junge geworden. Werthes Stiefmütterlein, empfangt meinen Glückwunsch und auch Ihr, mein guter Vater, erlaubt, daß ich Euch die Hand schüttle, wie ein Freund dem andern, und dem Hohen einen Kuß auf den trostigen Mund drücke zum Pfand meiner Liebe. Ja, herziger Knabe, wir werden Freunde sein, deine hellen Augen sprechen ganz anders zu meiner Seele als Wallradens flehender, nirgends verweilender Blick.“

Er küßte den Knaben, der auch seinerseits freundlich die Arme zu ihm empfortreckte, und wie ein Eichhörnlein auf seine Knie kletterte.

„Hast du mich lieb, kleiner Hans?“ fragte Dagobert in seiner Fröhlichkeit kosend den Knaben?

„Gewiß, lieber Herr,“ antwortete Hans, den zierlichen Bart des Jünglings streichelnd: „willst Du mein Väterlein sein?“

„Ei, du einfältiger Hans,“ erwiderte Dagobert lachend wie ein ausgelassener Gesell: „welch tolles Zeug bringst du zu Markt? Haben sie dir in Frankfurt nichts Besseres gelehrt? Dort steht dein Vater,“ er zeigte auf Diether der, halb abgewendet, seinen steigenden Groß kaum mehr zu mähtigen vermochte, „auch mein Vater ist er, und wir beide wollen gute Brüder sein. Herzgeliebte Eltern,“ fuhr er fort, indem er aufstand, und den Knaben wegsetzte, „Wallrade mag von mir geplaudert haben, wie und was sie wolle, — ich bin dennoch nicht so schlecht, als sie Euch überreden mochte. Glaubt ja nicht, daß ich heimkomme, um den kleinen Knirps, mein Brüderlein, zu plündern und zu verkürzen um das Erbtheil, das ich ihm abgetreten. Davor bewahre mich der liebe Gott. Er hat mir schon genügend beschert, da er mich vom Pfaffenthum entbinden ließ, durch seinen Statthalter ans Erden. Was ich gelernt, bringt mich schon anderweitig durch, und komme ich vielleicht einmal aus irgend einer Fehde als ein lahmer Krüppel heim, und weiß mit meinem alten Arm nichts mehr zu gewinnen, so erinnert sich wohl der

Johann der Liebe, die ich für ihn hatte und sättert mich alsdann von seinem Ueberflus.“

Die biedere Klare und aus voller Brust gesprochene Rede Dagoberts preßte in Diethers Augen Zähren der Nührung; sie waren aber nicht vermögend, den Panzer zu erweichen, den der Geist des Verdachts um des Schöpfen Milde gezogen. Der Verblendete hatte Margarethens, Dagoberts Erdöthen gesehen, er hatte vom Fieberfrost geschüttelt, des Knaben unschuldige Worte vernommen, und ihnen eine giftige Deutung untergelegt. Ein Felsen lag auf seiner unruhig steigenden Brust und erstikte jedes Wort der Erklärung. Festig wandte er dem Sohne den Rücken und ging aus dem Gemach. Verwundert und gekränkt sah ihm Dagobert nach.

„Ehrsame Frau!“ begann er nach einer Weile zu Margarethen, die den Blick auf dem Boden gehastet vor ihm stand — unschlüssig, ob ihr zu gehen, ob ihr zu bleiben zieme, „ehrsame Frau, könnt Ihr mir nicht erklären, wie es eigentlich um den Vater stehe? Welch unheimlich Gebarden, welche grollende Verschlossenheit hat er angenommen?“

„Sein Unfall . . .“ antwortete Margarethe stockend, „ . . . seine Wunde, die noch nicht geschlossen . . .“

„Ach, wehe uns,“ seufzte Dagobert, „wehe uns, wenn jener meuchlerische Bube tödtlich den Fleck verlegte, wo die Liebe für den treuen Sohn sitzt. Täuscht mich nicht, gute Stiefmutter. Ich will nicht glauben, daß Ihr mich so gänzlich hinterücks aus dem Felde geschlagen. Ich habe Euch ja nie Leides gethan und liebe Euren Sohn, als ob ihn meine eigene Mutter geboren hätte, aber Wallrade . . .“

Margarethe nickte heftig mit dem Kopf und Dagobert fuhr fort: „Geht? ich hab's getroffen? O, die verleumderische Heuchlerin! Doch will ich nicht bezweifeln. Den Vater will ich zwingen, seine Gunst mir wieder zuzuwenden, und Ihr mein zweites Mütterchen sprecht ein gutes Wort für mich. Ich bin ein ehrlicher Geselle, verlaßt Euch darauf und redet mir zur Minne.“

(Fortsetzung folgt.)